

**Zeitschrift:** Zoom : Zeitschrift für Film  
**Band:** 37 (1985)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Pluralität vor Qualität  
**Autor:** Bänninger, Alex  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-932266>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 17.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

bare auch realisiert werden muss, nicht mehr Leitgedanke bei der künftigen Medienentwicklung sein darf. Vielmehr soll die Technologie den effektiven Bedürfnissen eines jeden Staates angepasst und die Ausseninflüsse auf ein Minimum reduziert werden.

– Die Souveränität der einzelnen Staaten soll gewährleistet sein. (Dies ist nun tatsächlich ein umstrittener Punkt, bricht doch hier ein Konflikt zwischen dem Prinzip des – bisher allerdings von der westlichen Welt sehr einseitig interpretierten – freien Informationsflusses und dem des staatlichen Souveränitätsanspruches auf, die beide völkerrechtlich verankert sind.)

## ... und eine böse Reaktion

Die Tatsache, dass die UNESCO und die neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung zu einem zentralen Ort der Gegenbewegung wurde, hat den Vereinigten Staaten und den mit ihnen wirtschaftlich verbundenen Nationen von Anfang an nicht in den Kram gepasst. Sie sahen ihre massiven Interessen im Kommunikationsbereich, der heute als der Zweig mit der höchsten Zuwachsrates gilt, erheblich gefährdet: dies umso mehr, als die Drittweltländer im Verein mit den Ostblockstaaten in der UNESCO eine Mehrheit zu bilden in der Lage sind. Als die Amerikaner erkannten, dass in diesem Gremium der Widerstand gegen die herkömmliche Kommunikationsordnung, die ihnen praktisch ein weltweites Monopol zusicherte, immer kräftiger wurde, zogen sie die Konsequenzen: Sie drohten mit dem Austritt aus der UNESCO. Dieser ist auf Ende 1984 denn auch zustande gekommen, nachdem sich die Mehrheit der Mitgliedstaaten weigerte, sich dem US-Diktat zu unterziehen.

Begründet wurde er offiziell mit der angeblichen oder tatsächlichen Misswirtschaft des UNESCO-Generaldirektors M'Bow (Senegal), als ob den USA nicht andere Mittel und Wege offengestanden wären, dieser ein Ende zu bereiten.

Der Austritt der USA aus der UNESCO ist kein Sieg für die Entwicklungsländer, kein Erfolg ihrer Gegenbewegung. Die Amerikaner werden ihre Befreiung von allen Verpflichtungen gegenüber der UNESCO dazu nutzen, ihre Vormachtstellung im Bereich der Kommunikationstechnologie noch stärker auszubauen. Wollen die Länder der Dritten Welt nicht in eine endgültige Abhängigkeit verfallen, werden sie sich nun gründlich überlegen müssen, welche Formen der Kommunikation ihren wirklichen Bedürfnissen entsprechen. Kann sein, dass die Satellitenkommunikation dazu gehört, kann sein, dass auf sie verzichtet werden kann oder muss. Nur eines ist zur Zeit gewiss: Das Nord-Süd-Gefälle wird sich auch im Bereich der Kommunikation erheblich vergrössern. Die Satelliten haben nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, mitgeholfen, die Kluft zu überwinden. Sie haben sie vertieft. ■

Alex Bänninger

## Pluralität vor Qualität

*Die Kultur stellt Tradition in Frage, drängt zu Neuem, schliesst Extreme ein, zeigt das Denkbare, bringt uns in Schwingung, weckt Traum und Freude, setzt Realitäten gegen Utopie. Und die Verwirklichung von Utopie ist der Fortschritt.* (Oscar Wilde)

Kultur hat einen Anspruch auf einen ersten Platz in der Medienpolitik; damit Kultur einen ersten Platz erwirbt in den Medien. Das lässt sich natürlich heftig abstreiten; wegargumentieren braucht mehr Mühe.

Denn Kommunikation ohne Kultur ist Kommunikation ohne Sinn. Es geht nicht um mehr oder weniger politisches Gehör und dann um mehr oder weniger kulturelles Programm. Es geht vom Anspruch zum Anrecht auf eine Grundhaltung, um das Recht auf eine «condition culturelle».

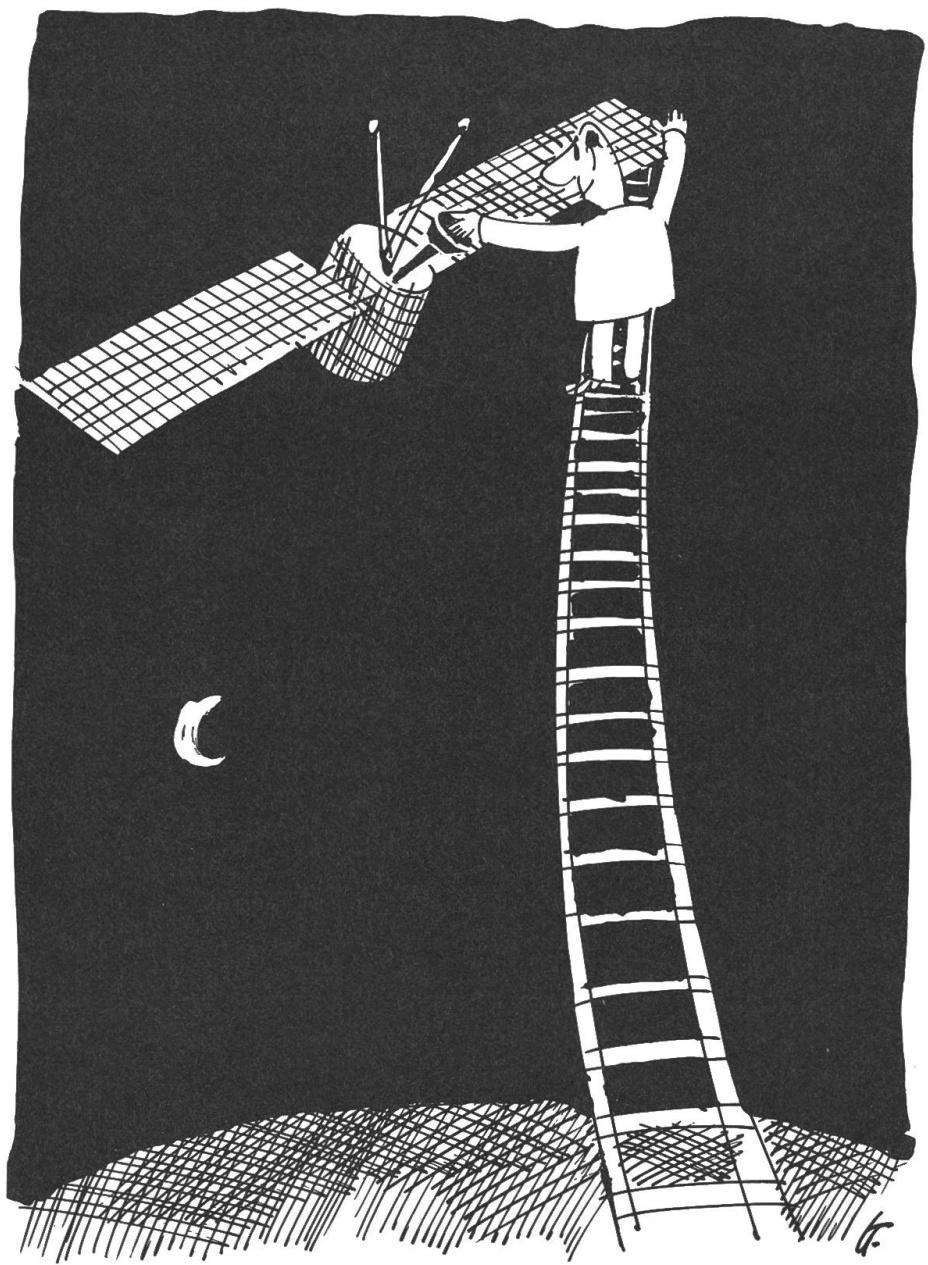
Es ist notwendig, dass die Kultur gegenüber der Technologie ihr lähmendes Entsetzen und gegenüber der Grosstechnologie ihren ohnmächtigen Zorn aufgibt: David gegen Goliath. Aber das Gespann ist hier nicht beschwörend, sondern wieder einmal ermutigend in die Erinnerung geholt; gemeint ist nüchtern die verdrängte Tatsache, dass Goliath die Bedingung für David und seine Erfolgsrolle war. Kultur schafft Technik, Technik ermöglicht Kultur.

Zum notwendigen, vernünftigen Umdenken gehört im weiteren, dass sich Kultur gegenüber Satelliten und ihren Initianten auf die eigene Kraft besinnt; sich nicht notorisch hilfsbedürftig als Schutz- und Förderungsobjekt reklamiert, sondern be-

hauptet als Gestaltungsfaktor, als Grösse und fundamentales Kriterium: nicht als Kreditrubrik öffentlicher Hände, sondern als Wert und Ziel und Richtpunkt öffentlichen Handelns. Kultur ist gefragt, dringend anbegehrt als Mandatsträgerin für Menschen, die leben für ein vollendetes Leben.

Die dumme Anwendung ist kein Beweis gegen die geniale Idee. Es ist doch nicht das Dümme, sich dank Satelliten live und weltweit einschalten zu können in Konzerte und Theater. Es ist kein Fluch der bösen Tat, sich durch Teletheken einer immensen, universalen Fülle von Daten und Dokumentationen versichern zu können. Dass Telekommunikation weniger Papier und weniger Wald verbraucht als die Printmedien, mag wohl kein erheblicher Schaden sein. Programme der Alphabetisierung erhalten in den Satelliten wichtige Unterstützung. Moderne Medientechnik löst Verkehrs- und Energieprobleme. Weltweite Verständigung und «free flow of information» sind Prinzipien von UNO und Europarat und keine Schallmeienklänge profitmaximierender Konzerne.

Es ist im Umgang mit den neuen Medien ein Mangel zu beklagen an geschichtlicher Erinnerung und an Fähigkeit, daraus zu lernen. Was an Politik und Diskussion den elektronischen Medien gegenwärtig angedeiht, hat das kinematografische Medium längst hinter sich: die Dämonisierung. Wo die Filmpolitik inzwischen angeht, wird auch die Medienpolitik hinführen: zur Liberalität. Je neuer ein Medium, desto grösser die Ablehnung und die Repression. Souveräne Gelassenheit will jahrzehntelange Übung. Das richtige Mass der Dinge beginnt fatal mit einem falschen. Skepsis und Irrtum haben Konjunktur und Leitfunk-



tion. Die Neuen Medien – das gross geschriebene Adjektiv als Warnung – sind eine Katastrophe; und dennoch hört die Herde nicht auf ihre Hirten und hört nicht auf, mit Bild und Schrift, mit Buchdruck und Lichtsatz, mit Foto und Film, mit Radio und Fernsehen in immer neues Verderben zu stürzen.

Allein der Blick zurück aufs einstige Bedrohungspotential Film müsste die Apologeten der Apokalypse konsternieren – und jene dazu, die im Aufklären neuer Medien jeweils die Sicht frei bekommen auf den Umstand, dass Medien im Regelfall kommerziell finanziert werden

und lediglich ausnahmsweise blütenweiss mäzenatisch. Dass Geschenke des Himmels auf Erden erarbeitet und mit Steuern bezahlt werden, dürfen die Medienpolitiker des Garten Edens als leere Behauptung verwerfen.

Politische Filmerfahrung könnte politisches Medienbewusstsein schärfen. Zum Beispiel: In der eidgenössischen Filmpolitik lassen sich zwei Abschnitte deutlich ausmachen. Sie unterscheiden sich wie Positiv und Negativ. War der Film in den dreissiger Jahren aus politischer Warte als Bedrohung eingestuft, die es abzuwehren galt, so wird er heute als

Chance verstanden, die Förderung verdient. Wurde der Film einst unter den Aspekten geistiger Landesverteidigung gesehen, so wird er jetzt ins Problemfeld der kulturellen Identität gestellt. Die Reaktion auf den Film hat sich gewandelt zur Aktion für den Film. War er einst Anlass und Sorge für Massnahmen zur Erhaltung des Landes, so zielen die heutigen Massnahmen auf die Erhaltung des Films als solchen.

Die Umgestaltung einer Filmpolitik als staatspolitische Schadenminimierung (Eindämmung ausländischen Einflusses, keine schädlichen Auswirkungen des Mediums auf Volk und Nation) in eine Filmpolitik als kulturpolitische Gewinnmaximierung (Entfaltung des Films, Liberalisierung von Filmeinfuhr und -verleih) ist das Ergebnis einer sich wandelnden Denkweise. Schweizerische Filmpolitik war dort am erfolgreichsten, wo sie von Dirigismus und Interventionismus absah und sich für Förderung entschied: in der Filmproduktion. Sie war dort am erfolglosesten, relativ und absolut, wo sie die Lenkung und Kontrolle wählte und auf Förderung verzichtete: im Verleih- und Kinosektor.

Ich bin in der Kultur und in den Medien gegen jede staatliche Regelung, die unter dem Gesichtspunkt öffentlicher Interessen und daraus präzise abgeleiteter Ziele nicht eindeutig bessere Zustände schafft als privates Verhalten und private Vereinbarung. Abstrakt-theoretischer Ordnungseifer ist gleichermaßen unzulässig und unheilvoll wie amtliche Leitbilder für Nutz und Frommen des Einzelnen.

Politik und Verwaltung haben sich beim Rundfunk darauf zu beschränken, über die Verteilung knapper Frequenzen rechtsstaatlich zu entscheiden

und in dem Masse auf Regelungen zu verzichten, in dem die Frequenzknappheit abnimmt. Auch die Expertenkommission für eine Medien-Gesamtkonzeption hat darauf in ihrer Mehrheit gepocht.

In der praktischen Konsequenz bejahe ich lokales, regionales Fernsehen – Stichwort Basel und Raum Nordwestschweiz –, Kabelrundfunk-Betreiber als Veranstalter von Programmen – Stichwort Teleclub – und Satellitenrundfunk. Sie schliessen Versorgungslücken, ermöglichen Konkurrenz, schaffen Angebotsvielfalt. Und Pluralität hat für mich den Vorrang vor Qualität. Sie stellt sich ein; wenn nicht, dann auch nicht mit Zwang. Massgebend ist überdies für mich ein einfacher Grund: Pluralität ist messbarer als Qualität, die ich ja immer nur für mich selber bestimmen kann. Wer es für andere tut, wird rasch zum Zensor mit umgekehrten Vorzeichen.

Die Möglichkeit, Hunderte von Zeitungen und Zeitschriften schweizerischer und ausländischer Herkunft kaufen, abonnieren und lesen zu können, halte ich für bereichernd. Dass in meiner Region Dutzende von Theatern und Galerien ihre eigenen Programme anbieten, empfinde ich an sich als Wert. Aus 70000 jährlich neu erscheinenden deutschsprachigen Büchern frei auswählen zu können, ist eine Faszination.

Mangelnde Vielfalt wäre für mich eine geisttötende Verarmung. Den Mangel hingegen an Theater-Gesetzen, Galerie-Verordnungen, Schallplatten-Reglementen und Verlags-Vorschriften empfinde ich als wahren Segen. Weshalb soll ein Höchstmass an Freiheit, das bei den alten Medien funktioniert, nicht auch bei den neuen Medien funktionieren? Warum eigentlich spricht die Kultur die Militärsprache des Kommandie-

rens, Kontrollierens und Sanktionierens? Die Kultur militanter Oberlehrer ist ihre Provokation.

Von der Kultur wünsche ich mir in ihrem Interesse, dass sie die neuen Medien zu ihrer engagierten Sache macht und sich zum Plädoyer für freie Medien entschliesst. Diese freiraumgestaltende Haltung will eingebracht sein bei nächster Gelegenheit: beim Satelliten-Bundesbeschluss, beim Radio- und Fernsehgesetz, beim Fernmeldegesetz.

Wenn die Kultur stärker eingreifen will, dann muss sie es langfristig tun. Für die kurz- und mittelfristigen Medienentscheide ist keine Zeit mehr fürs stille Nachdenken und gemächliche Überlegen. ■

*Alex Bänninger* ist Journalist und Chef des Ressorts Kultur beim Fernsehen DRS. Er leitete von 1972 bis 1984 die Filmsektion des Eidg. Departementes des Innern und war Mitglied der Expertenkommission für eine Medien-Gesamtkonzeption. Bänninger vertritt in diesem Artikel nicht die Ansichten irgendeiner Institution, sondern äussert seine persönliche Meinung.